



iran-report

Nr. 04/2008

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Wahlen wie geplant verlaufen / EU: Wahlen in Iran weder frei noch fair / Laridschani: Westen muss die Botschaft des iranischen Volkes ernst nehmen / Chatami und Karrubi forderten Neuzählung der Stimmen / Geheime Vorschriften der Regierung für die Presse / Reformier nach Treffen mit deutschem Botschafter kritisiert / Abgeordneter wegen Interview des Landesverrats bezichtigt / Magazine wegen Bildern ausländischer Filmstars verboten / Palme-Preisträgerin Ardalan an Ausreise gehindert / Iranische Ehefrau klagt von geizigem Ehemann 124.000 Rosen ein / Französische Friseur-Kette öffnet Salon in Teheran

II. Wirtschaft

Iran will 100 russische Passagiermaschinen kaufen / Iran und Irak unterzeichnen sieben bilaterale Abkommen / Paulsen: USA üben wegen Iran-Sanktionen Druck auf Banker aus / Schweizer Unternehmen und Iran vereinbaren Gaslieferungen

III. Außenpolitik

Neue UN-Resolution gegen Iran / Steinmeier begrüßt die Resolution / Irans Reaktion auf die Iran-Resolution / Kernpunkte der Resolution 1803 in einer dpa-Übersetzung / IAEA will Geheimdienstberichte zu Atomwaffenbau Irans prüfen - keine weiteren Schritte der Atombehörde / Odierono: Iran unterstützt weiter Aufständische im Irak / Peres schließt israelischen Alleingang gegen Iran aus / Iran - eines der wichtigsten Themen bei Merkels Staatsbesuch in Israel / Israelisches Szenario für Krieg gegen Hisbollah / Cheney: Iran und Syrien stören Friedensprozess in Nahost / Sarkozy regt "offenen Dialog" über atomare Abschreckung an / Mottaki fordert mehr Respekt vor religiösen Gefühlen / Ahmadinedschad will mit Irak und Türkei gegen Kurden kämpfen / Chef der US-Truppen im Nahen Osten und Zentralasien wegen Bushs Iran-Politik zurückgetreten



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 05/2008 Anfang Mai) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im März 2008

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren oder ihn abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

7. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Wahlen wie geplant verlaufen

Bei den Parlamentswahlen im Iran am 14. März haben die Konservativen die absolute Mehrheit errungen. Laut offiziellen Angaben haben mehr als siebzig Prozent der Wähler für den Block der Konservativen gestimmt. Der Rest der Stimmen verteilte sich auf Reforme und Unabhängige. Das Innenministerium erklärte, die Auszählung sei korrekt verlaufen. Oppositionelle warfen der Regierung Manipulation vor (s. Seite 5). Einschließlich der Ergebnisse aus der Hauptstadt Teheran kamen die konservativen Kräfte auf 132 der 290 Sitze im Parlament. Die Reforme gewannen 31 Sitze. 39 gingen an unabhängige Kandidaten. Mehr als 70 Sitze werden erst in der Stichwahl Ende April vergeben.

Wären die Wahlen demokratisch und frei gewesen, hätte das Ergebnis völlig anders ausgesehen. Denn die Lage des Landes schreit geradezu nach einem Wechsel. Die Radikalislamisten unter Präsident Mahmud Ahmadinedschad haben seit ihrer Machtübernahme im August 2005 viel Unheil angerichtet. Entgegen ihrem Versprechen, die Massen aus ihrer Armut zu befreien und die hohen Öleinnahmen endlich dem Volk zugute kommen zu lassen, haben sie das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise geführt. Die Inflationsrate hat bereits die 20-Prozent-Marke erreicht. Von den enorm gestiegenen Öleinnahmen profitiert weiterhin nahezu ausschließlich eine kleine korrupte Minderheit.

Auch die politische Repression hat im Vergleich zu der Ära Chatami (1997–2005) stark zugenommen. Die sich häufenden Hinrichtungen, die Wiederaufnahme der Steinigungen, die Verfolgung von Andersdenkenden erinnern an die ersten Jahre der Revolution. Zahlreiche Frauen, die sich aktiv für Gleichberechtigung einsetzen, Jugendliche und Studenten, die gegen sich verschärfende Einschränkungen rebellieren oder Gewerkschaftler, die ihre Unabhängigkeit von der Regierung fordern, werden in Haft genommen und Folterungen ausgesetzt.

Außenpolitisch hat Ahmadinedschad durch seine starrsinnige Atompolitik, durch Attacken gegen Israel und durch die Unterstützung radikaler Kräfte in der Region das Land in eine höchst be-

drohliche Lage gebracht. Wirtschaftssanktionen, die nicht das Regime, sondern das Volk belasten, und die permanente Angst vor einem möglichen Krieg haben in der Bevölkerung Unmut und Unzufriedenheit erzeugt.

Vor diesem Hintergrund rechneten die oppositionellen Reforme mit einem großen Erfolg bei den Parlamentswahlen. Doch sie machten die Rechnung ohne den Wirt. Der konservative Wächterrat, der die Eignung der Bewerber für einen Parlamentssitz zu prüfen hat, ließ von 7200 Bewerbungen lediglich 4500 zu. Achtzig Prozent der Abgelehnten gehörten dem Block der Reforme an. Übrig blieben Kandidaten, die kaum jemand kannte. In zahlreichen Wahlbezirken waren die Reforme überhaupt nicht vertreten. Damit war die absolute Mehrheit der Konservativen von vornherein gesichert.

Einmalig in der Geschichte der Islamischen Republik war auch die direkte Einmischung des Revolutionsführers Ali Chamenei, der den Wählern empfahl, Kandidaten zu wählen, die die Regierung von Mahmud Ahmadinedschad unterstützen.

Interessant bei den Wahlen war demnach nicht das Ergebnis, sondern die Wahlbeteiligung bzw. das Kräfteverhältnis im Block der Konservativen.

Nach Angaben des Innenministeriums lag die Wahlbeteiligung landesweit bei sechzig Prozent, in Teheran bei 40 Prozent. Unabhängige Beobachter halten diese Angaben für zu hoch gegriffen. Aber selbst wenn sie zutreffen würden, verdeutlichen sie die Unzufriedenheit bereiter Schichten der Bevölkerung mit dem herrschenden Regime.

Die massive Ablehnung der Bewerber aus dem Lager der Reforme sicherte zwar die absolute Mehrheit der Konservativen, aber dieser Block ist keineswegs monolithisch. Hier spitzen sich schon seit langem Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern Ahmadinedschads und moderateren Konservativen zu. Grund ist allerdings nicht die Zunahme der Repressionen gegen Andersdenkende, auch nicht die rückwärtsgerichtete Kultur- und Bildungspolitik der Regierung. Ideologisch sind sich beide Fraktionen einig, beide bekennen ihre uneingeschränkte Loyalität zum System des Welayat-e Faghieh (der absoluten Herrschaft der Geistlichkeit). Die

Kritik richtet sich gegen die miserable Wirtschafts- und Außenpolitik, die bei großen Wirtschaftsunternehmen – im Öl- und Gasgeschäft, in der Außenwirtschaft und auf dem Binnenmarkt – zu großer Unzufriedenheit geführt haben. Sie würden die durch Wirtschaftssanktionen, anhaltenden Kaufkraftmangel, Kapitalflucht und Ausbleiben ausländischer Investitionen verursachte Krise lieber heute als morgen beendet sehen. Sie fordern eine offenere Wirtschaft zugunsten des Privateigentums und eine moderatere Außenpolitik.

Die Radikalisierung wollen demgegenüber die Rückkehr zu den Idealen der islamischen Revolution und eine Verschärfung der Konfrontation mit dem Westen. Ahmadinedschad hat inzwischen alle Schlüsselpositionen im Staat mit ehemaligen Kampfgefährten bei den Revolutionswächtern und Geheimdiensten besetzt und damit eine Militarisierung der Staatsführung und Verwaltung herbeigeführt. Diese Umwandlung richtet sich zum Teil auch gegen das geistliche Establishment, gegen hohe Würdenträger und ehemalige Kampfgefährten Ayatollah Khomeinis, die fast drei Jahrzehnte lang den Gottesstaat gelenkt haben. Ahmadinedschad und seine Anhänger gehören der nachfolgenden Generation an, einer Generation von fanatischen Gläubigen, die wie sie sagen, stets das Rückgrat des Gottesstaates gebildet und bisher die ganze „Drecksarbeit“ gemacht haben. Sie werfen den Grauen Eminenzen Verrat an den Idealen der Revolution und Selbstbereicherung vor.

Das sind die Hintergründe der Auseinandersetzungen, die im Lager der Konservativen geführt werden und bereits zu Spaltungen und bei den Wahlen zu Fraktionsbildungen geführt haben.

Beide Fraktionen haben sich nach den Wahlen als Sieger bezeichnet. Ali Asghar Zarei von der „Einheitsfront der Prinzipientreuen“, die die Regierung unterstützt, erklärte, die Front habe einen „großen Sieg“ errungen. Er hoffe, dass das künftige Parlament die Regierung voll unterstützen und in enger Zusammenarbeit mit ihr die anstehenden Probleme der Menschen im Land lösen werde.

Demgegenüber sagte der Sekretär der regierungskritischen „Umfassenden Koalition der Prinzipientreuen“, im nächsten Parlament würden die Kritiker der Regierung die Mehrheit stellen.

Sollte die Regierung ihren bisherigen, „in einigen Bereichen umstrittenen“ Kurs fortsetzen, werde sich das Parlament dem entgegenstellen.

Wie das Kräfteverhältnis tatsächlich aussieht, wird sich schon bei der Wahl des Parlamentspräsidenten herausstellen. Wunschkandidat der Regierungstreuen ist der bisherige amtierende Präsident Haddad Adel. Die konservativen Regierungskritiker wollen dagegen ihren Kandidaten, den ehemaligen Atomverhandlungsführer Ali Laridschani, zum Präsidenten wählen. Laridschani wurde in der heiligen Stadt Ghom, dem Sitz der konservativen Geistlichkeit, mit den meisten Stimmen gewählt. Sollte er zum Parlamentspräsidenten gewählt werden, würden durch diesen Erfolg auch die Weichen für die Wahl des Staatspräsidenten im nächsten Jahr gestellt werden.

EU: Wahlen in Iran weder fair noch frei

Die EU hat die Parlamentswahlen in Iran als „weder fair noch frei“ kritisiert. Viele Kandidaten seien davon abgehalten worden, sich überhaupt zur Wahl zu stellen. Das sei ebenso enttäuschend wie bedauernd, teilte die slowenische EU-Präsidentschaft am 16. März mit. Der Ausschluss von Reformern sei eine eindeutige Verletzung internationaler Standards.

Iran wies die Kritik zurück. Die Reaktion der EU sei „überstürzt, politisch motiviert, opportunistisch und daher nicht akzeptabel“, sagte der Sprecher des Außenministeriums in Teheran, Mohammad Ali Hosseini, laut iranischer Nachrichtenagentur ISNA am 17. März. Er verwies auf die mehr als 4000 Kandidaten, die bei der Wahl für 290 zu vergebende Parlamentssitze antraten. Diese Zahl sei ein Beweis für einen demokratischen Prozess. Hosseini forderte die Europäische Union auf, das Ergebnis der Wahl zu akzeptieren.

Laridschani: Westen muss die Botschaft des iranischen Volkes ernst nehmen

Der frühere Atomverhandlungsführer, Ali Laridschani, der im vergangenen Dezember wegen Differenzen mit Ahmadinedschad sein Amt aufgeben musste, bezeichnete die Wahlen als eine „Botschaft des iranischen Volkes“, die der Westen ernst nehmen müsse.

Laridschani, zurzeit Beauftragter des Revolutionsführers im Obersten Nationalen Sicherheitsrat, hatte bei den Parlamentswahlen in der heiligen Stadt Ghom kandidiert und die meisten Stimmen erhalten. Er gilt neben dem Teheraner Bürgermeister Mohsen Ghalibaf als der eigentliche Gegenspieler zu Ahmadinedschad im Lager der Konservativen. Es ist durchaus möglich, dass er vom neuen Parlament zum Präsidenten gewählt wird.

Alle Bemühungen des Westens, die Wähler in Iran zur Passivität zu verleiten, seien gescheitert, sagte Laridschani: „Der Westen muss bei diesen Wahlen die laute Stimme des iranischen Volkes vernommen und begriffen haben.“ Der Westen habe versucht, mit der UN-Resolution und mit Sanktionsdrohungen gegen Iran die Wähler vom Wählen abzuhalten. Dieser Versuch sei gründlich gescheitert.

Laridschani kam bei seiner Stellungnahme am 18. März in Teheran auch auf die „Differenzen“ im Lager der Konservativen zu sprechen. Das iranische Volk sei „trotz innerer Auseinandersetzungen dem Ruf seines Führers gefolgt“ und habe „die Wahlen zu seinem Triumph über euch (über dem Westen) verwandelt“.

An die Gegner des iranischen Atomprogramms gewandt, sagte Laridschani: „Das iranische Volk wird sich niemals einschüchtern lassen. Eure feindlichen Aktivitäten werden die Rachegefühle des iranischen Volkes steigern und vertiefen.“

Chatami und Karrubi forderten Neuzählung der Stimmen

In einem Schreiben an den Wächterrat stellen der ehemalige Staatspräsident Mohammad Chatami und der ehemalige Parlamentspräsident Mehdi Karrubi fest, dass es bei den Parlamentswahlen zwischen der Zahl der tatsächlich abgegebenen und der Zahl der gezählten Stimmen eine große Differenz gebe und fordern den Rat auf, eine Neuzählung anzuordnen.

Beide Politiker zeigen sich unter Hinweis auf „gesicherte“ Quellen besorgt darüber, dass es bei der Zählung der abgegebenen Stimmen, insbesondere in der Hauptstadt Teheran, zu Manipulationen gekommen sein könnte.

Nach der Zählung der Stimmen in Teheran errangen 19 Kandidaten die nötige Anzahl von Stimmen zum Einzug ins Parlament. Über den Rest von 30 für die Hauptstadt vorgesehenen Mandaten wird Ende April eine Stichwahl entscheiden. Bisher gingen sämtliche Sitze an die Konservativen. Dieses Ergebnis wurde von mehreren Kandidaten der Reformfraktion angezweifelt. Madjid Ansari, der neben neun andere Reformkandidaten zur Stichwahl antreten muss, äußerte einen „schweren Verdacht“ der Manipulation. Die Verantwortung für die Wahl trägt der Wächterrat.

Chatami und Karrubi betonen in ihrem Schreiben, dass der Wächterrat für den „ordentlichen Ablauf der Wahlen“ verantwortlich und verpflichtet sei, „unzulässige Einmischungen der Machtzentren in die Angelegenheiten der Wahl“ zu verhindern.

Karrubi, der nach seiner Niederlage bei der letzten Präsidentenwahl (2005) die Partei Etemad-e Melli (Nationales Vertrauen) gegründet hatte, versuchte im Vorfeld der Wahl, durch heftige Kritik an den Reformern bei den rechten Kräften mehr Vertrauen zu gewinnen, um möglicherweise die Kandidaten seiner Partei ins Parlament bringen zu können. Diese Taktik scheint, nach dem gemeinsamen Auftritt mit Chatami, gescheitert zu sein. In ihrem Schreiben fordern die Politiker den Wächterrat auf, eine Neuzählung der abgegebenen Stimmen in den Wahlbezirken der Hauptstadt zu veranlassen.

Geheime Vorschriften der Regierung für die Presse

Der Oberste Nationale Sicherheitsrat hat kürzlich in einer als „vertraulich“ eingestuften Anweisung den Medien vorgeschrieben, wie sie zu bestimmten Themen, wie zum Beispiel zum Atomkonflikt, Stellung nehmen sollten. Die Anweisung wurde vom Sekretariat des Obersten Nationalen Sicherheitsrats erstellt und von der Presseabteilung des Ministeriums für islamische Führung an die Medien verschickt. Darin wird die Auffassung des Staates zu verschiedenen innen- und außenpolitischen Fragen erläutert, mit der Aufforderung, diese als eigene Meinung an die Leser, Hörer bzw. Zuschauer zu vermitteln. Gefordert wird zum Beispiel „übertreibend über die Differenzen zwischen den Staaten der EU und

der USA im iranischen Atomkonflikt" zu berichten. Ferner sollen die Berichte der Internationalen Atombehörde als Bestätigung des friedlichen Charakters der iranischen Atompolitik dargestellt und dazu betont werden, dass der Westen islamische Wissenschaftler daran zu hindern versuche, in den Besitz der modernen Atomtechnologie zu gelangen.

Bezüglich der Parlamentswahlen heißt es in dem Schreiben: „Da die Feinde der Islamischen Republik versuchen im Vorfeld der Wahlen in der Bevölkerung Resignation und Hoffnungslosigkeit zu verbreiten und die Korrektheit der Wahlen in Frage zu stellen, wird von den Medien erwartet, derlei Intrigen und Machenschaften zu entlarven, eine freudige Stimmung zu verbreiten und die Menschen zur massenhaften Teilnahme an den Wahlen zu ermuntern. Dabei soll jegliche Berichterstattung über Ereignisse, die die positive Einstellung der Wähler zu den Wahlen beeinträchtigen könnte, unbedingt vermieden werden.“

Reformer nach Treffen mit deutschem Botschafter kritisiert

Einer der prominentesten Reformer wurde im Vorfeld der Parlamentswahlen wegen eines angeblich geheimen Treffens mit dem deutschen Botschafter in Teheran heftig kritisiert. „Das ist ein Tabubruch“, sagte der konservative Abgeordnete Elias Naderan am 10. März der Nachrichtenagentur Fars. Das Außenministerium sei nicht informiert gewesen. „Solch ein Treffen hat eine Botschaft: ausländische Unterstützung“, kritisierte Naderan.

Mohammad Reza Chatami, der Bruder des ehemaligen Präsidenten Mohammad Chatami und einer der schärfsten Gegner Ahmadinedschads, bestätigte, dass er den deutschen Botschafter Herbert Honowitz getroffen habe. „Wenn Botschafter ins Ausland entsandt werden, haben sie auch die Freiheit, sich mit Menschen und Offiziellen des jeweiligen Landes zu treffen“, sagte er. Chatami ist führendes Mitglied der Moscharekat-Partei, der größten Organisation im Reformlager.

Die Konservativen unterstellten Chatami, sich bei dem Treffen für die jüngste UN-Resolution gegen Iran ausgesprochen zu haben, damit mehr Druck auf die Regierung Ahmadinedschad ausgeübt werde. Chatami wies diese Unter-

stellung als Versuch, die Reformbewegung zu denunzieren, entschieden zurück.

Die Kampagne gegen Chatami ging soweit, dass er in der konservativen Presse als Verräter nationaler Interessen dargestellt wurde. Zu dem Fall befragt, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz: „Das Außenministerium wurde über das Treffen nicht informiert.“ Er betonte, ein Treffen iranischer Staatsbürger mit Vertretern ausländischer Staaten müsse zuvor mit zuständigen Behörden abgesprochen und koordiniert werden. Grundsätzlich sei jedoch gegen solche Treffen, soweit sie im Rahmen der Gesetze und Bestimmungen stattfinden, nichts einzuwenden.

Chatami erklärte, das Treffen sei nicht offiziell gewesen. Daher habe er es nicht für nötig befunden, das Außenministerium zu informieren. Im Übrigen sei der Inhalt des Gesprächs aufgezeichnet. Auch die Frage des Atomkonflikts sei dabei zur Sprache gekommen und er habe sich gegen jede Art von Sanktionen ausgesprochen.

Das Treffen zwischen Chatami und dem deutschen Botschafter lag Wochen zurück als es öffentlich gemacht wurde. Zum ersten Mal wurde es von Ahmadinedschad erwähnt ohne den Namen Chatamis oder die Herkunft des Botschafters zu nennen. „In diesen Tagen wenden sich einige Leute an den Botschafter eines europäischen Staates und erzählen, dass die Regierung mit dem Atomprogramm alleine dastehe und von der Bevölkerung keinerlei Unterstützung erhalte“, sagte Ahmadinedschad auf einer Massenversammlung am 12. Februar zum Jahrestag der Revolution.

Die Bemerkung fand über längere Zeit keine Resonanz. Wieder aufgenommen wurde sie erst durch den konservativen Parlamentsvizepräsidenten Mohammad Reza Bahonar während eines Streitgesprächs mit Chatami. Danach kam die Kampagne ins Rollen.

Am heftigsten nahm der bereits zitierte Naderan Stellung. „Wenn ein prominenter Politiker, der kein öffentliches Amt inne hat, im Vorfeld der Parlamentswahl einen solchen Schritt unternimmt, kann dies nur bedeuten, dass er eine fremde Macht um Unterstützung ersucht“, sagte Naderan. Dies zeige,

dass die Moscharekat-Partei am Ende ihres Lateins sei.

Ein anderer Abgeordneter aus dem Lager der Konservativen, Mehdi Kuchakzadeh, meinte, Chatami habe die nationale Ehre verletzt. „Solche Leute gehören in den Mülleimer der Geschichte“, sagte er. Kuchakzadeh brachte den Fall mit der massiven Ablehnung der Reformkandidaten durch den Wächterrat in Zusammenhang und sagte: „Solche Leute sollten sich nicht wundern, wenn ihre Bewerbung um eine Position, in der sie die Interessen und die Ehre der Nation zu verteidigen haben, abgelehnt wird.“

Kanani Moghadam, Generalsekretär der „Koalition der Hisbollah“, ging noch einen Schritt weiter und forderte den Staatsanwalt auf, den Fall zu verfolgen. Auch Geheimdienstchef Ghlamossein Mohseni Ejechi erklärte am 12. März auf einer Pressekonferenz in Teheran, die Justiz werde sich um die Angelegenheit kümmern.

Abgeordneter wegen Interview des Landesverrats bezichtigt

Geheimdienstchef Mohseni Ejechi hat den noch amtierenden Parlamentsabgeordneten Nureddin Pirmozan wegen eines Interviews mit der Stimme Amerikas des Landesverrats bezichtigt. Er bezeichnete das Interview als „hässlich und Landesverrat“.

Pirmozan, der der Reformfraktion angehört und dessen erneute Kandidatur bei den Parlamentswahlen vom Wächterrat abgelehnt wurde, hatte in einem Interview mit der Stimme Amerikas die Vorgänge im Vorfeld der Wahlen kritisiert. Er, der sich zu der Zeit in den Vereinigten Staaten aufhielt, hatte die Wahlen als unfair und undemokratisch bezeichnet und erklärt, seine Bewerbung sei abgelehnt worden, weil er die Politik der Regierung Ahmadi-nedschas kritisiert habe.

Dazu meinte Ejechi: „Solche Worte sind eines Menschen, der Verantwortung trägt, nicht würdig. Selbst ein normaler Bürger wäre zu solchen Gesprächen mit Fremden nicht bereit.“ Gemäß der Verordnung des Landes seien Träger solcher Ämter nicht dazu befugt, ausländischen Sendern wie Radio Farda und der Stimme Amerikas Interviews zu geben. Was Pirmozan getan habe, müsse gerichtlich verfolgt werden, sagte E-

jehi. Sein Ministerium werde „solche Aktionen nicht durchgehen lassen“.

Auch Modjtaba Samarehi, Berater des Präsidenten, kritisierte das Interview und erklärte: „Das Volk muss über solche Vergehen entscheiden.“

Der Druck der Rechten auf die Reformer war so stark, dass manche ihrer prominenten Vertreter sich genötigt sahen, sich von dem Interview zu distanzieren. Mohsen Mirdamadi, Generalsekretär der Moscharekat-Partei, erklärte, seine Partei habe zur großen Teilnahme an der Wahl aufgerufen und verfolge damit andere Ziele als Pirmozan.

Madjid Ansari, Mitglied des Zentralrats kämpfender Geistliche meinte, es sei sehr schwierig, ein Visum für die USA zu erhalten. Daher sei die Reise Pirmozans in die Vereinigten Staaten und sein Interview mit der Stimme Amerikas „von langer Hand geplant“ gewesen, mit dem Ziel, den Reformern zu schaden. Und die Abgeordnete Soheila Djelodarzadeh, Mitglied der Reformfraktion, erklärte, niemand habe Pirmozan auf die Reise geschickt. Was er geäußert habe, sei seine persönliche Meinung. Schließlich erklärte Bijan Schahbazi, der ebenfalls der Reformfraktion angehört: „Wir verurteilen das Interview von Herrn Pirmozan mit dem Sprachrohr unserer Feinde auf das Schärfste.“

Magazine wegen Bildern ausländischer Filmstars verboten

Wegen der Veröffentlichung von Fotos und Berichten über das Leben ausländischer Filmstars haben die Behörden in Iran neun Zeitschriften verboten. Die Magazine hätten Fotos „korrupter ausländischer Filmstars“ und Details aus deren „dekadentem Privatleben“ präsentiert, erklärte das Kulturministerium am 16. März zur Begründung. Die von Hardlinern kontrollierte Kommission zur Überwachung der Presse erließ zudem dreizehn Verwarnungen an andere Zeitschriften.

Den verbotenen Blättern wurde nach Angaben des Innenministeriums ferner vorgeworfen, unerlaubt Werbung für Medikamente gemacht und „Aberglauben“ gefördert zu haben. Nähere Angaben machte das Ministerium nicht. Die Magazine veröffentlichen regelmäßig Fotos iranischer Schauspielerinnen in modischer Kleidung und mit lockeren

Kopftüchern sowie ausländischer Stars ohne Kopfbedeckung.

Der Herausgeber einer der betroffenen Zeitschriften, Mohsen Ahmadi, erklärte, das Verbot sei am 16. März bei „Sobh-e Sendegi“ eingegangen, aber auf den 10. März datiert. Offenbar hätten die Behörden mit der Veröffentlichung die Parlamentswahl abwarten wollen, um öffentliche Empörung zu vermeiden, sagte Ahmadi der Nachrichtenagentur AP.

Palme-Preisträgerin Ardalan an Ausreise gehindert

Die iranische Polizei hat die 36-jährige Frauenrechtlerin Parvin Ardalan an der Ausreise zur Entgegennahme des schwedischen Palmepreises gehindert. Wie der Palme-Gedenkfonds am 3. März mitteilte, holten Beamte Ardalan und ihre Schwester in Teheran aus einer bereits abgefertigten und startbereiten Maschine der Fluggesellschaft Air France heraus. Sie wurde ohne Angabe von Gründen für 72 Stunden mit einem Ausreiseverbot belegt. Ardalan erhielt den nach dem 1986 ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme benannten Preis für ihren Einsatz für die Rechte der Frauen in Iran.

Sie habe „die Forderung nach gleichen Rechten für Männer und Frauen zu einem zentralen Bestandteil des Kampfes um Demokratie in Iran gemacht“, hieß es in der Begründung. Der Palme-Preis ist mit 75000 Dollar dotiert. Die Zeremonie der Preisvergabe wurde am 7. März in Abwesenheit der Preisträgerin durchgeführt.

Die Journalistin Ardalan hatte Mitte der 90er Jahre mit anderen Iranerinnen ein Frauen-Kulturzentrum in Teheran gegründet und gibt unter anderem die erste Frauenzeitschrift des Landes im Internet heraus. Sie gehört auch zu den Initiatorinnen einer seit einem Jahr laufenden landesweiten Kampagne mit dem Ziel, eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung zu sammeln. Im letzten Jahr wurde Ardalan wegen ihrer Aktivitäten zusammen mit einer Mitstreiterin zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

2007 hatte sich Ex-UN-Generalsekretär Kofi Annan den Palme-Preis mit dem su-

danesischen Menschenrechtler Mossaad Mohammed Ali geteilt.

Iranische Ehefrau klagt vom geizigen Ehemann 124.000 Rosen ein

Ein geiziger Ehemann in Iran ist von einem Gericht dazu verdonnert worden, seiner Angetrauten mehr als 120.000 rote Rosen zu kaufen. Schahin sollte seiner Frau Hengameh 124.000 Rosen im Wert von umgerechnet 132.000 Euro kaufen, entschied das Gericht laut einem Bericht der Zeitung „Etemad“ vom 3. März. Hengameh hatte bei dem Prozess das iranische Gesetz genutzt, wonach eine Frau während ihrer Ehe die Auszahlung ihrer Mitgift durchsetzen kann. Sie wolle damit ihren Gatten für seinen Geiz während ihrer zehnjährigen Ehe bestrafen, sagte sie dem Bericht zufolge. „Wenn wir ins Restaurant gehen, will er nicht einmal meinen Kaffee bezahlen“, klagte sie.

Schahi zeigte wenig Begeisterung darüber, dass er seine Frau künftig auf Rosen betten soll. „Diesen Einfall haben ihr ihre Milliardär-Freunde in den Kopf gesetzt“, sagte er. Er könne die Strafe nur mit fünf Rosen pro Tag abstottern. Damit er sich nicht vor seiner Strafe drückt, beschlagnahmte das Gericht bis zur Begleichung der Schuld eine Wohnung Schahins im Wert von umgerechnet 42.000 Euro.

Französische Friseur-Kette öffnet Salon in Teheran

Nach zwölfjährigen Verhandlungen mit der iranischen Regierung will eine französische Friseur-Kette im Sommer einen ersten Salon in der Hauptstadt Teheran eröffnen. Dies sei eine Premiere in dem islamischen Land, in dem Frauen verpflichtet sind, in der Öffentlichkeit strenge Kleidungsvorschriften einzuhalten und Schleier oder Kopftuch zu tragen, berichtete die Zeitung „Le Figaro“ am 24. März. Erst kürzlich hatten die Sittenwächter in Iran mehrere Friseursalons schließen lassen, weil die Frisuren zu „westlich“ gewesen seien. In den vergangenen Jahren haben iranische Frauen die Schleierpflicht immer liberaler interpretiert. Viele Frauen behelfen sich mit seidenen Designertüchern, die sie locker um den Kopf legen. Daher seien die Friseurbetreiber optimistisch. „Iranische Frauen gelten als sehr eitel“, schrieb der Figaro.

II. Wirtschaft

Iran will 100 russische Passagiermaschinen kaufen

Iran will im Laufe von zehn Jahren 100 russische Passagiermaschinen erwerben. Die russische Flugzeugholding UAC und die iranische Organisation für Luft- und Raumfahrtindustrie unterzeichneten am 4. März, einen Tag nach der Verhängung schärferer Wirtschaftssanktionen gegen Teheran durch den Weltsicherheitsrat, ein entsprechendes Absichtsprotokoll. Das meldete die Agentur Interfax unter Berufung auf UAC in Moskau. Die ersten Maschinen sollten frühestens in zwei Jahren geliefert werden.

Iran wird russische Mittelstrecken-Passagierflugzeuge der Typen Tupolew und Tu-214 kaufen. Ein Teil der Maschinen soll aus russischen Originalteilen in Iran gebaut werden. Zum Wert des künftigen Abschlusses wurden keine Angaben gemacht.

Sieben bilaterale Abkommen mit dem Irak unterzeichnet

Iran und Irak haben anlässlich des Staatsbesuchs Ahmadinedschads in Bagdad sieben bilaterale Abkommen unterzeichnet. Ahmadinedschad sagte auf einer Pressekonferenz am 3. März in Bagdad, es handele sich um Kooperationen in den Bereichen Versicherungen, Zollbehörden, Industrie, Bildung und Verkehr. „Wir hatten 20 Programmpunkte im Verlauf des Besuchs, und die Treffen haben in einer guten Atmosphäre stattgefunden“, sagte Ahmadinedschad.

Ahmadinedschad forderte den Abzug der US-geführten Truppen aus dem Irak. „Ohne die Anwesenheit der ausländischen Truppen wird die Region in Frieden und Brüderlichkeit leben“, sagte der Staatschef. Er hatte sich nach eigenen Angaben aus seiner Delegation in der Nacht zum Mausoleum des Imam Kasem in einem Stadtteil Bagdads begeben, um dort zu beten. Er war der erste Präsident, der nach der Gründung der Islamischen Republik das Nachbarland besuchte.

Paulson - USA üben wegen Iran-Sanktionen Druck auf Banker aus

Die USA üben Druck auf ausländische Banken aus, die jüngsten Sanktionen

gegen Iran einzuhalten. „Nicht jedes Geschäft ist unter den neuen Sanktionen illegal“, sagte Finanzminister Henry Paulson am 5. März vor dem Bewilligungsausschuss des US-Repräsentantenhauses. Verboten seien nur Geschäfte mit bestimmten Einheiten.

Zugleich warf er iranischen Banken Betrug vor. Die Islamische Republik bediene sich ihrer staatlichen Kreditinstitute, um Raketen zu kaufen. Zudem reichere sie weiterhin Uran an, sagte Paulson. Die jüngsten UN-Sanktionen sehen weitere Reisebeschränkungen gegen Vertreter Irans sowie finanzielle Restriktionen vor. Daneben rufen sie zu Wachsamkeit Banken und Transportunternehmen gegenüber auf (s. Bericht auf Seite 10).

Schweizer Unternehmen und Iran vereinbaren Gaslieferungen

Ein Schweizer Unternehmen hat am 17. März einen milliardenschweren Vertrag für Gaslieferungen mit Iran abgeschlossen. Das Abkommen zwischen der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL) und der nationalen iranischen Gasexportgesellschaft (NIGEC) wurde im Beisein der Schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey in Teheran unterzeichnet. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 25 Jahren, die erste Teillieferung soll 2009 erfolgen. Die USA kritisierten das Abkommen.

Weitere Lieferungen sind ab 2012 geplant, wenn die Trans Adriatic Pipeline von Griechenland über Albanien nach Italien voraussichtlich in Betrieb genommen wird. In dieser zweiten Phase wird die gesamte Liefermenge der NIGEC jährlich 5,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas betragen. Das Erdgas soll zu mehr als der Hälfte in den von der EGL in Italien betriebenen Gas-Kombi-Kraftwerken eingesetzt werden. Auch Vermarktungsaktivitäten in der Schweiz sind vorgesehen.

Nach Angaben des Schweizer Außenministeriums hat das Abkommen insgesamt ein Volumen zwischen 18 und 27 Milliarden Euro. Die Schweiz selbst ist nicht Vertragspartei.

Calmy-Rey unterstrich erneut das strategische Interesse, die Gasversorgung zu diversifizieren. Der Vertrag stehe im Einklang mit den Sanktionen des UN-Sicherheitsrats gegen Iran, betonte

die Ministerin vor ihrer Abreise nach Teheran. Die Energiefrage werde in der Außenpolitik und in den nationalen Beziehungen immer wichtiger, sagte Calmy-Rey im Schweizer Fernsehen. „Wir reduzieren mit diesem Vertrag unsere und Europas Abhängigkeit von der russischen Gaslieferung.“ Vor der Unterzeichnung vereinbarte sie mit ihrem iranischen Kollegen Manuchehr Mottaki eine Fortsetzung des 2003 begonnenen Menschenrechtsdialogs.

Die US-Botschaft in Bern erklärte, bedeutende Öl- oder Gasverträge sendeten die falsche Botschaft in einer Zeit, in der sich Teheran weiterhin UN-Resolutionen zu seinem Atomprogramm widersetze. Washington wolle prüfen, ob die Vereinbarung die Sanktionen gegen Iran verletze.

Teheran unterstrich neben der ökonomischen vor allem die politische Bedeutung des Vertrags. Die Reise der Schweizer Außenministerin nach Teheran finde zu einer Zeit statt, in der das Weiße Haus bemüht sei, Iran in die Isolation zu treiben, sagte Mohammad Ali Hosseini, Sprecher des Außenministeriums, der Nachrichtenagentur ISNA zufolge. Während des Besuchs der Schweizer Außenministerin seien die bilateralen Beziehungen zwischen Iran und der Schweiz und internationale Themen erörtert worden.

III. Außenpolitik

Neue UN-Resolution gegen Iran

Fast einstimmig hat der UN-Sicherheitsrat am 3. März im Streit um das iranische Atomprogramm schärfere Sanktionen gegen das Land beschlossen. Einzig Indonesien enthielt sich als nicht-ständiges Mitglied der Stimme. Es ist nun der dritte Versuch der Weltgemeinschaft, Iran zum Verzicht auf die Urananreicherung und zur vollständigen Offenlegung seines Atomprogramms zu zwingen. Vor allem die USA, die EU und Israel befürchteten, dass Teheran unter dem Deckmantel eines zivilen Nuklearprogramms an der Entwicklung von Nuklearwaffen arbeitet. Iran hat den Verdacht stets zurückgewiesen. Als Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags beharrt es auf sein Recht, den nuklearen Brennstoff im eigenen Land zu produzieren.

Die neue Resolution sieht eine Erweiterung der Sanktionen vor, die bereits im März vergangenen Jahres vom Sicherheitsrat beschlossen wurden. Es handelt sich um striktere Reiseverbote für Atomwissenschaftler und deren Mitarbeiter. Außerdem sollen verschärfte Handelsbeschränkungen für Güter gelten, die sowohl friedlich als auch für Waffenzwecke verwendet werden können. Hinzu kommen das Einfrieren von Konten, verschärfte Inspektionen von Frachtgut und die Überwachung von Exportkrediten. Schließlich werden die Mitgliedsstaaten bevollmächtigt, die Transaktionen der beiden iranischen Banken Melli und Saderat zu überprüfen. Iran wird eine Frist von 90 Tagen gesetzt, um den Forderungen des Sicherheitsrats nachzukommen. In diesem Zeitraum soll die Internationale Atombehörde (IAEA) erneut prüfen, ob Iran alle Aktivitäten zur Entwicklung seines Atomprogramms eingestellt hat.

In einer gesonderten Erklärung nach der Abstimmung bekräftigten die Außenminister der fünf Vetomächte und Deutschlands ihren Willen zu weiteren diplomatischen Bemühungen. „Wir rufen Iran dringend auf, diese Chance eines gemeinsamen Engagements mit uns allen wahrzunehmen und eine Verhandlungslösung zu finden“, hieß es in der am 3. März in New York herausgegebenen Erklärung.

Der amerikanische UN-Botschafter Zalmay Khalilzad sagte, der Sicherheitsrat habe handeln müssen, da Iran seine

Aktivitäten im Bereich der Urananreicherung fortgesetzt und ausgeweitet habe. Teheran sei auf der Suche nach Plänen für einen nuklearen Sprengkopf und nach Wegen zur Miniaturisierung desselben zum Einbau auf eine Atomrakete. Dies alles verstoße gegen den Atomwaffensperrvertrag. Iran habe insgeheim an seinem Nuklearprogramm weitergearbeitet und habe entsprechende Sicherheitsvorkehrungen und Protokolle missachtet. „Solange die iranische Regierung weiterhin ihre nuklearen Aktivitäten verschweigt ... müssen wir unweigerlich schlussfolgern, dass Iran dabei Optionen für ein Waffenprogramm vorbereitet oder aufrechterhält“, sagte Khalizad weiter.

Auch Israel hat die neuen Sanktionen begrüßt. Die Resolution habe „Zähne“, sagte der Sprecher des Außenministeriums Arye Mekel am 4. März in Jerusalem. Vor allem gebe es zusätzliche Hürden für jene, die mit Iran Finanzgeschäfte machen wollen. Israel hofft nach den Worten von Mekel, dass die Europäische Union ebenfalls Sanktionen gegen Iran verhängen wird. „Sie (die Europäer) haben auf eine Art Legitimierung gewartet“, sagte der Sprecher.

Steinmeier begrüßt die Resolution

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat die neue Resolution des UN-Sicherheitsrats gegen Iran als „Zeichen der Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft“ begrüßt. Die verschärften Sanktionen seien Ausdruck „unverminderter Sorge“ über das iranische Atomprogramm, erklärte er in Berlin. „Iran muss beweisen, dass seine Aktivitäten nicht auf die Entwicklung eines nuklearen Waffenprogramms gerichtet sind.“ Zugleich signalisierte Steinmeier Verhandlungsbereitschaft und betonte: „Niemand bestreitet Irans Rechte bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie.“ Deutschland habe dem Iran wiederholt zugesichert, dass er wie jeder andere Nicht-Kernwaffenstaat behandelt werde, sobald das Vertrauen in den rein friedlichen Charakter seines Atomprogramms wieder hergestellt sei. „Den entscheidenden Schritt hierzu muss aber Teheran gehen.“

Der deutsche UN-Botschafter Thomas Matussek sagte laut dpa vom 3. März an die Adresse Teherans: „Die Botschaft ist klar: Helft uns, euch zu helfen, aus der Ecke der selbstauferlegten Isolation herauszukommen.“ „Wir wollen

mit dem Iran als Mitglied der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten und das Recht Irans auf ein friedliches Atomprogramm unterstützen“, sagte der Diplomat nach der Abstimmung vor Journalisten in New York. Ein Ergebnis gebe es am Ende nur durch Verhandlungen. „Aber wir müssen zeigen, dass wir es ernst meinen und während wir verhandeln, darf der eine Partner nicht den Zielpfosten verschieben. Iran muss die Urananreicherung suspendieren.“

Irans Reaktion auf die UN-Resolution

Wie erwartet, lehnte Iran die Resolution kategorisch ab. Der iranische UN-Botschafter Mohammad Khazaee erklärte vor der Abstimmung, die Resolution sei eine „unrechtmäßige Aktion“. Das iranische Atomprogramm stelle keine Bedrohung des internationalen Friedens dar. Teheran habe viele Forderungen der UN-Atombehörde IAEA zur Klärung offener Fragen erfüllt. Das Land könne allerdings nicht völlig auf Urananreicherung verzichten. Es brauche zur Deckung seines Energiebedarfs die Atomenergie, betonte Khazaee.

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad bezeichnete die Resolutionen als „einen Schuss nach hinten“, der das Ansehen der Vereinten Nationen stark beschädigen werde. Iran lasse sich von Resolutionen nicht beeindrucken und werde wie bisher entschlossen sein Programm fortsetzen. „Die Feinde Irans befinden sich in der Sackgasse“, sagte Ahmadinedschad. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, gebe es für sie drei Wege. „Der vernünftige Weg wäre, wenn sie ihre bisherigen Fehler eingestehen würden. Das wäre zum Vorteil aller Beteiligten.“ Der zweite Weg wäre, zu schweigen, was dem ersten Weg gleichkäme. „Aber der dritte Weg wäre, wenn sie die begangenen Fehler mit neuen Fehlern wettzumachen versuchten. Das würde nicht Iran, sondern ihnen selbst schaden. Die Wahl liegt bei ihnen“, sagte Ahmadinedschad. „Wenn sie heute unsere Bedingungen nicht akzeptieren, werden sie in Zukunft große Probleme haben.“ Irans Bedingungen würden sich mit der nukleartechnologischen Entwicklung des Landes ändern, erklärte der Präsident. „Vor zweieinhalb Jahren haben wir der UNO vorgeschlagen, die Urananreicherung einem internationalen Konsortium zu unterstellen. Der Vorschlag wurde nicht aufgenommen. Heute haben wir unser

Ziel alleine erreicht und können auf die Zusammenarbeit verzichten.“

Zwei Tage nach der Verabschiedung der Resolution ging Ahmadinedschad noch einen Schritt weiter und lehnte weitere Gespräche im Atomkonflikt ab. Die Regierung werde in dem Konflikt von nun an nur noch mit der Internationalen Atombehörde verhandeln „und mit niemandem außerhalb der Behörde“, sagte der Präsident einer Meldung der IRNA zufolge. Ein hochrangiger Regierungsvertreter sagte, damit seien weitere Treffen mit dem EU-Chefdiplomaten Javier Solana ausgeschlossen. „Diese Politik mit Zuckerbrot und Peitsche funktioniert mit uns nicht“, sagte er. „Sie (die USA und EU) müssen ihre Politik ändern.“ Der Atomkonflikt befindet sich in einer neuen Phase, „in einer neuen Zeit mit Gesprächen ohne Begrenzungen und Vorbedingungen“. Allerdings erklärte wenige Tage später Irans Außenminister Manuchehr Mottaki, sein Land sei zu weiteren Verhandlungen bereit. „Wir haben zielgerichtete Verhandlungen immer unterstützt“, sagte er am 9. März auf die Frage, ob die Regierung zu weiteren Gesprächen mit Solana bereit sei.

Doch offensichtlich hat das, was der Außenminister erklärt, keine Relevanz. Denn wenige Tage nach seiner Äußerung sagte Regierungssprecher Gholam Hossein Elham, der Dialog mit den fünf UN-Vetomächten und Deutschland sei beendet. Damit erteilte die iranische Führung weiteren Gesprächen mit dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana, dem Beauftragten der sogenannten 5+1, ein Absage. Solana hatte während der vergangenen zwei Jahre versucht, Teheran zum Einlenken und zum Stopp der Urananreicherung zu bewegen.

„Wir werden unseren Weg weitergehen unter den Rahmenbedingungen der Internationalen Atomenergiebehörde und dies ist die einzige legale Institution in dieser Angelegenheit“, sagte Elham.

Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im iranischen Parlament, Alaeddin Borudjerdi, erklärte: „Die Resolution entbehrt jeder juristischen Logik. „Wir erkennen sie nicht an und werden sie auch unter keinen Umständen befolgen.“ Der Bericht der Internationalen Atombehörde über das iranische Atomprogramm liefere keinerlei Begründung für Sanktionen. Daher sei das Drängen der USA, Iran Sanktionen aufzuerlegen, rein politischer Natur.

„Wir im Parlament werden auf diese Feindschaft gegen das iranische Volk entsprechend reagieren. Es gibt keinen Grund dafür, dass wir für Milliarden Euro mit Frankreich Geschäfte machen, während das Land uns mit Feindseligkeit begegnet. Hunderttausende französische Arbeiter werden aufgrund dieser Beziehungen beschäftigt. Wenn wir diese Beziehungen abbrechen würden, wird Frankreich von einer ernststen Krise der Arbeitslosigkeit heimgesucht werden. ... Wir sind keine Kriegstreiber. Aber wir werden Feindseligkeiten und Beleidigungen insbesondere gegen islamische Heiligtümer nicht dulden. Unsere Politik ist eine Politik des Friedens und nicht des Krieges. Aber wir werden ganz sicher unsere menschliche Ehre bis zum letzten Blutstropfen verteidigen!“

Kernpunkte aus der Resolution 1803 des UN-Sicherheitsrats in einer dpa-Übersetzung

„Der Sicherheitsrat ... tätig werdend nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen ... fordert alle Staaten auf, in Bezug auf die Einreise oder Durchreise von Personen, die an den proliferationsrelevanten nuklearen Tätigkeiten Irans oder an der Entwicklung von Trägersystemen für Kernwaffen beteiligt sind, ... Wachsamkeit zu Zurückhaltung zu üben ... und das Komitee zu informieren ...

...beschließt, dass die Staaten entsprechende Maßnahmen ergreifen sollen, um den Eintritt oder die Durchreise von Personen in ihr Hoheitsgebiet zu verhindern, die im Anhang dieser Resolution aufgeführt sind.

... beschließt, dass alle Staaten entsprechende Maßnahmen ergreifen sollen, um den Verkauf und Transfer von Gegenständen, Materialien, Ausrüstung, Gütern und Technologien, die der Exportbeschränkung (Anm.: der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer, Nuclear Suppliers Group) unterliegen, zu verhindern.

... ruft alle Staaten dazu auf, Wachsamkeit über die Aktivitäten der finanziellen Institutionen in ihren Hoheitsgebieten mit allen Banken zu üben, die im Iran angesiedelt sind, vor allem mit der Bank Melli und der Bank Saderat, sowie ihren Filialen und Niederlassungen im Ausland.

... ruft alle Staaten dazu auf, im Einklang mit ihren nationalen Justizbehörden Frachtgut nach und aus dem Iran zu inspizieren, das per Flugzeug oder Schiff, an ihren Flughäfen und Seehäfen ankommt und der Iran Air Cargo oder der Islamic Republic Shipping Line gehört oder von ihnen operiert wird.

... fordert innerhalb von 90 Tagen einen weiteren Bericht vom Generaldirektor der IAEA darüber, ob Iran im vollen Umfang alle Aktivitäten suspendiert hat, die auch in der Resolution 1737 (2006) und 1747 (2007) erwähnt werden.

... erklärt dass die Aktivitäten Irans ... innerhalb von 90 Tagen prüfen wird ... und dass er, sollte der Bericht ... zeigen, dass Iran der Resolution 1737 (2006) und dieser Resolution nicht nachgekommen ist, weitere angemessene Maßnahmen im Rahmen des Artikel 41 vom Kapitel VII der UN-Charta beschließen wird ..."

IAEA will Geheimdienstberichte zu Atomwaffenbau Irans prüfen - keine weiteren Schritte der Atombehörde

Die Internationale Atombehörde wird neue Geheimdienstberichte über ein Atomwaffen-Programm Irans prüfen. Es lägen Informationen zu einer versteckten Arbeit Irans an Nuklearwaffen vor, sagte IAEA-Chef Mohammad El Baradei am 3. März zur Eröffnung einer Sitzung des Gouverneursrats der UN-Aufsichtsbehörde. Dies gebe Anlass zu „ernster Besorgnis“. Iran hat die Berichte als Fälschung zurückgewiesen.

Die IAEA hatte jüngst Diplomaten über Hinweise auf iranische Projekte informiert, bei denen die Aufrüstung von Nuklearmaterial für Waffen erforscht werde. Die Zweifel an der von Iran oft betonten friedlichen Absicht des Atomprogramms werden nicht zuletzt von der Tatsache genährt, dass die Regierung in der Vergangenheit bereits nukleare Forschungstätigkeiten verheimlicht hat.

Indes haben Russland, China und die blockfreien Mitglieder bei der IAEA am 4. März eine weitere Resolution gegen Iran und sein Atomprogramm verhindert, wie aus Diplomatenkreisen in Wien verlautete. Grund war wohl vor allem, dass beide Staaten darüber verärgert waren, dass sie von den westlichen

Staaten vorab nicht über die Pläne für diese Resolution informiert wurden.

Die Entscheidung, die Resolution fallen zu lassen, sei dann von allen sechs Staaten, die mit Iran über sein Atomprogramm verhandeln, gemeinsam getroffen worden, hieß es weiter. Neben den ständigen fünf Mitgliedern des Sicherheitsrats ist auch Deutschland an den Verhandlungen beteiligt. Die vom UN-Sicherheitsrat zuvor verabschiedeten Sanktionen seien als ausreichend betrachtet worden.

Odierno: Iran unterstützt weiter Aufständische im Irak

Iran unterstützt nach Einschätzung der früheren Nummer zwei der US-Truppen im Irak noch immer Aufständische in dem Land. Kämpfer im Irak erhielten Waffen, Ausbildung und Geld von iranischer Seite, erklärte Generalleutnant Raymond Odierno am 4. März in Washington. „Wir haben keine Zweifel, dass sie weiterhin Aufständische fördern.“ Teheran müsse sich stattdessen als hilfreicher Partner für den Irak und den gesamten Nahen Osten erweisen. „Was sie beenden müssen, ist Stellvertreter zu trainieren, zu finanzieren und ihnen Waffen zur Verfügung zu stellen - was sie heute noch immer tun“, erklärte der Generalleutnant.

Auch der Oberkommandierende der US-Streitkräfte im Irak, David Petrius, erklärte am 24. März einem Bericht der BBC zufolge, es gebe deutliche Indizien dafür, dass Iran an den Angriffen vom 23. März auf die „Grüne Zone“ in Bagdad aktiv beteiligt gewesen sei. Die iranische Al Kuds-Brigade habe Aufständische, die die „Grüne Zone“ mit Raketen und Granatwerfern angegriffen hätten, dazu ausgebildet und sie militärisch und finanziell unterstützt. Das bedeute, dass „Ahmadinedschad bzw. die iranische Führung ihre Versprechen gegenüber Irak gebrochen haben“, sagte Petrius. Konkrete Beweise für seine Behauptung legte Petrius allerdings nicht vor.

Die „Grüne Zone“ liegt im Zentrum von Bagdad. Hier sind das irakische Parlament, einige Ministerien sowie die Botschaften der US und Großbritannien untergebracht. Die Zone ist das bestgeschützte Gebiet in ganz Irak. Umso überraschender war der Angriff. Wie viele Menschenopfer der Angriff gekos-

tet und welchen Schaden er angerichtet hat, ist bislang nicht bekannt.

Peres schließt israelischen Alleingang gegen Iran aus

Israels Präsident Schimon Peres hat einen Alleingang seines Landes im Atomstreit mit Iran ausgeschlossen. „Wir sind nicht so unvorsichtig, dass wir die iranische Gefahr auf Israel konzentrieren“, sagte er in einem Interview der französischen Tageszeitung „Le Figaro“, das am 8. März veröffentlicht wurde. Allerdings seien die „nicht-militärischen Optionen“ aufgebraucht, wenn wirtschaftliche Sanktionen die Islamische Republik nicht dazu bewegten, das umstrittene Programm zu stoppen.

Peres warf Iran vor, Vorposten im Libanon, in Gaza, Syrien und im Irak zu errichten. „Wir dürfen unsere Augen davor nicht verschließen“, sagte er. „Falls eine Minderheit von Terroristen in der Lage ist, sich mir Nuklearwaffen zu versorgen, könnte die Welt unregierbar werden.“

Nach Angaben der israelischen Armee stammten die Ende Februar auf Israel abgefeuerten Raketen aus Iran. Mehr als 20 Raketen vom Typ Grad, die in Iran serienmäßig hergestellt würden, seien binnen weniger Tage in Richtung Israel abgeschossen worden, sagte ein Geheimdienstoffizier am 3. März vor dem Parlamentsausschuss für Außen- und Verteidigungspolitik, wie ein ranghoher israelischer Regierungsmitarbeiter vor Journalisten mitteilte.

Grad-Raketen fliegen rund 20 Kilometer weit und können mit bis zu 18 Kilogramm Sprengstoff bestückt werden. Bisher griffen militante Palästinenser meist auf selbst hergestellte Kassam-Raketen zurück, die eine Reichweite von fünf bis zehn Kilometern haben.

Iran - eines der wichtigsten Themen bei Merkels Staatsbesuch in Israel

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor ihrer Reise nach Jerusalem die Solidarität Deutschlands mit Israel gegenüber Bedrohungen wie die aus Iran unterstrichen. Sie werde in Israel sagen, „dass die Bedrohungen, denen der Staat Israel ausgesetzt ist, auch unsere Bedrohungen sind“, sagte Merkel am 15. März in ihrer wöchentlichen Vi-

deoansprache. Das gelte ganz besonders im Blick auf den Iran, „wo Deutschland auch weiter darauf dringen wird, dass das iranische Nuklearprogramm nicht voranschreiten kann“.

Die Kanzlerin betonte, dass Deutschland seiner historischen Verantwortung wegen des Holocaust, der Ermordung von Millionen europäischer Juden im Zweiten Weltkrieg, Israel gegenüber gerecht werden wolle.

Israelisches Szenario für Krieg gegen Hisbollah

Mit einem Schreckensszenario hat sich Israel einem Zeitungsbericht zufolge auf einen möglichen opferreichen Krieg gegen die libanesische Hisbollah-Miliz vorbereitet. Das geheime Szenario, das vom Katastrophenschutz-Büro der Regierung entworfen worden sei, gehe von Hunderten Toten und Tausenden Verletzten durch Raketen der schiitischen Hisbollah auf israelisches Gebiet aus, berichtete die Zeitung „Jediot Ahronot“ am 24. März. Der Entwurf gehe von einem einmonatigen Konflikt unter Beteiligung Syriens und Irans aus. Die Experten halten demnach den Raketenbeschuss der Metropole Tel Aviv, eine vollständige Lahmlegung des dortigen Flughafens Ben Gurion, einen Zusammenbruch der Wasserversorgung sowie lange Stromausfälle für möglich.

Das als geheim eingestufte Gedanken-spiel sei den betroffenen Ministerien und Kommunen zugeleitet worden, berichtete „Jediot Ahronot“ weiter. Es enthalte nach Angaben der Autoren denkbare schwerwiegende Ereignisse, „die zum Teil die Haare zu Berge stehen lassen“. Das Papier ist demnach eine Konsequenz aus dem rund fünfwöchigen Libanon-Krieg im Sommer 2006, den die israelische Armee gegen die Hisbollah führte.

Dem Szenario zufolge würde Syrien auf den von Israel 1967 besetzten Golan-Höhen angreifen und Tausende Raketen auf Ortschaften im angrenzenden Galiläa abschießen. Auch die Hisbollah würde Raketen auf diese Region sowie auf die nordisraelische Stadt Haifa und auf Tel Aviv abfeuern. Israel würde zudem von Raketen aus Iran, dem Gazastreifen und dem Westjordanland sowie Selbstmordanschlägen von Palästinensern erschüttert. Auch Luftangriffe auf militärische und strategische Ziele in Israel sowie Entführungen von

Zivilisten und Soldaten werden der Zeitung zufolge befürchtet. Laut Szenario würden bis zu 230 Zivilisten und Soldaten getötet und bis zu 16.000 weitere verletzt, davon 1200 schwer. Bis zu 227.000 Menschen würden obdachlos.

Die Gefahr eines neuen Konflikts mit der pro-iranischen Miliz hatte sich in den vergangenen Wochen konkretisiert, nachdem Mitte Februar der Hisbollah-Anführer Imad Mugnieh in der syrischen Hauptstadt Damaskus getötet worden war. Hisbollah-Chef Hassan Nasrollah hatte Israel für den Anschlag verantwortlich gemacht und dem Land den „offenen Krieg“ erklärt. Israels Verteidigungsminister Ehud Barak sagte am 24. März im staatlichen Rundfunk, Sicherheitskräfte und Geheimdienste seien gut auf die mögliche Gewalt der Hisbollah vorbereitet.

Cheney: Iran und Syrien stören Friedensprozess im Nahen Osten

US-Vizepräsident Dick Cheney hat Iran und Syrien gezielte Störmanöver gegen den Friedensprozess im Nahen Osten vorgeworfen. „Iran und Syrien tun alles, um den Friedensprozess zu torpedieren“, sagte Cheney am 24. März nach einem Arbeitsfrühstück mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert in Jerusalem mit Blick auf die Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern. Zugleich bekräftigte Cheney, dass sich US-Präsident George W. Bush für einen Erfolg der Gespräche einsetze. Olmert habe ihm seinerseits versichert, dass Israel alles dafür tun werde, damit noch in diesem Jahr eine Friedensvereinbarung getroffen werden könne.

Cheney reiste nach dem Treffen mit Olmert in die Türkei weiter. Die Türkei war die letzte Station seiner Reise, die ihn auch in den Irak, nach Afghanistan und in mehrere arabische Länder geführt hatte. Cheney kündigte vor seiner Abreise aus Israel an, dass US-Außenministerin Condoleezza Rice wahrscheinlich demnächst erneut zu Gesprächen in den Nahen Osten reisen werde. Bush hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Ende seiner Amtszeit im Januar 2009 ein Friedensabkommen zwischen beiden Seiten zu vermitteln.

Bei den Gesprächen Cheneys mit der israelischen Regierung kam auch das Thema Iran zur Sprache. Israels Verteidigungs-

minister Ehud Barak sagte bei seinem Treffen mit Cheney, sein Land werde gegen das iranische Atomprogramm alle Möglichkeiten offen halten. Noch sei Zeit für Sanktionen gegen Teheran, sagte er. Doch „keine Option sollte unter den Tisch fallen“, wird Barak in einer vom Verteidigungsministerium verbreiteten Erklärung zitiert.

Sarkozy regt „offenen Dialog“ über atomare Abschreckung an

Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat einen „offenen Dialog“ über die atomare Abschreckung in Europa angeregt. Die atomare Abschreckung bleibe eine Art Lebensversicherung gegenüber Staaten wie Iran, sagte Sarkozy am 21. März beim Stapellauf des neuen französischen Atom-U-Boots „Le Terrible“ in Cherbourg. Frankreich komme allein dadurch, dass es Atomwaffen habe, eine Schlüsselrolle für die europäische Sicherheit zu. Deshalb sei es nur „logisch“, mit den europäischen Partnern über den französischen Beitrag zu reden. Der Präsident kündigte zudem an, dass er einen Teil der Atomsprengeköpfe ausmustern wolle.

Als Staatschef sei er dafür verantwortlich, dass Frankreich unter allen Umständen in Sicherheit sei, sagte Sarkozy. Die Gefahr einer Invasion bestehe zwar nicht. Aber es müsse sich heutzutage jeder darüber im Klaren sein, dass Atomraketen binnen einer halben Stunde Europa erreichen könnten. „Heute haben diese Mittel nur die Großmächte“, sagte Sarkozy. Aber auch andere Länder in Asien und Nahost entwickelten Raketenprogramme. Er denke dabei „vor allem an Iran“, der die Reichweite seiner Raketen ausbaue, während auf seinem Atomprogramm ein „schwerer Verdacht“ laste. Europas Sicherheit stehe dadurch auf dem Spiel.

Was die luftgeschützte Abschreckungskraft Frankreichs angehe, habe er „eine neue Abrüstungsmaßnahme“ beschlossen, kündigte Sarkozy an. Er wolle die französischen Atomsprengeköpfe, Raketen und Flugzeuge „um ein Drittel verringern“. Frankreich werde dann „weniger als 300 Atomsprengeköpfe“ haben, die Hälfte dessen, was es zum Höhepunkt des Kalten Krieges gehabt habe.

Das neue französische Atom-U-Boot „Le Terrible“, das in Cherbourg vom Stapel lief, ist mit 16 Meer-Boden-Raketen ausgestattet, die jeweils bis zu sechs

Atomsprenköpfe tragen können. Es soll in zwei Jahren in Dienst gehen. Die französische Armee will außerdem kommandes Jahr das Kampfflugzeug Rafale in Dienst nehmen, das nach und nach die bisherigen Mirage-Maschinen ablöst.

Die Regierung in Teheran hat Vorwürfe Sakozy's, Iran bedrohe mit seinen militärischen Plänen die Sicherheit Europas, als grundlos zurückgewiesen. Die Behauptungen zielten allein darauf ab, „die Interessen der Hardliner in den USA zu sichern, die zionistische Medienpropaganda (gegen Iran) zu unterstützen und den Waffenverkauf in der Region (des Persischen Golfs) zu steigern“, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, am 22. März in Teheran.

Mottaki fordert mehr Respekt vor religiösen Gefühlen

Der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki hat mehr Respekt vor religiösen Gefühlen gefordert. Die Missachtung religiöser Gefühle müsse als Verstoß gegen die Menschenrechte anerkannt werden, sagte Mottaki am 5. März vor Journalisten in Genf, wo er zuvor an einer Sitzung des UN-Ausschusses für Menschenrechte teilgenommen hatte. „Es muss eine klare Trennlinie geben zwischen Meinungsfreiheit und Verletzung religiöser Gefühle“, sagte der Minister. „Wir verurteilen entschieden die abscheuliche Tat, Karikaturen und Filme zu veröffentlichen, die die Gefühle verletzen.“ Die Menschenrechte klammerten den Schutz vor der Verletzung religiöser Gefühle aus, beklagte der Außenminister. Er forderte, entsprechende Lücken zu schließen.

Mottaki bezog sich offensichtlich auf die Veröffentlichung umstrittener Karikaturen des Propheten Mohammed in dänischen Zeitungen sowie auf das Vorhaben eines rechtsextremen niederländischen Abgeordneten, einen antiislamischen Film im Internet zu veröffentlichen.

In Berlin sorgte zuletzt eine Ausstellung dänischer Künstler für Proteste von Muslimen. Anlass ist ein Plakat mit Kaaba – dem zentralen Heiligtum des Islam in Mekka – und dem Schriftzug „Dummer Stein“ darüber. Der Kunstverein Tiergarten hatte die Plakat-schau nach Gewaltdrohungen gestoppt. Seit dem 4. März war die Ausstellung

unter Polizeischutz wieder zu sehen. Die Ausstellung der dänischen Gruppe Surrend wendet sich nach Angaben der Galerie gegen unterschiedliche radikale Gruppen.

Ahmadinedschad will mit Irak und Türkei gegen Kurden kämpfen

Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat den Irak und die Türkei aufgerufen, gemeinsam gegen die kurdischen Rebellen zu kämpfen. „Es muss eine Zusammenarbeit mit den Regierungen der Türkei, Irans und Iraks geben“, sagte er am 2. März anlässlich seines Besuchs im Irak. Jedoch müsse bei allen Handlungen „die Souveränität des Iraks“ respektiert werden, sagte der Präsident weiter.

Wenige Tage zuvor hatte die türkische Armee ihre Bodenoffensive im Nordirak beendet. Bei den etwa eine Woche dauernden Gefechten wurden nach Angaben des Generalstabs mehr als 240 Kämpfer der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und 27 türkische Soldaten getötet. Die Angaben der PKK über die eigenen bzw. über die Verluste der Gegenseite weichen von den Angaben der türkischen Regierung stark ab.

Chef der US-Truppen im Nahen Osten und Zentralasien wegen Bushs Iran-Politik zurückgetreten

Nach Berichten über Meinungsverschiedenheiten über die Iran-Politik der US-Regierung erklärte der Kommandeur der US-Truppen im Nahen Osten und Zentralasien, Admiral William Fallon, seinen Rücktritt. Verteidigungsminister Robert Gates teilte am 11. März auf einer Pressekonferenz mit, er akzeptiere Fallons Rücktritt von der Spitze des US-Zentralkommandos (Centcom) „mit Zögern und Bedauern“. Differenzen zwischen Fallon und US-Präsident George W. Bush seien nach seiner Einschätzung nicht der Grund für den Rücktritt. Bush dankte dem Admiral für seine Arbeit.

Fallon erklärte zu den Gründen seines Rücktritts, dass es seiner Auffassung nach keine Differenzen hinsichtlich der politischen Ziele in den Centcom-Region gegeben habe. Jedoch allein die Wahrnehmung, dass es solche Meinungsverschiedenheiten gebe, „macht es für mich schwierig, wirksam Amerikas dortigen Interessen zu dienen“. Die Pres-

seberichte über Differenzen zwischen ihm und Bush seien „in einer entscheidenden Zeit zu einer Störung“ geworden und hätten die Fortschritte in der Centcom-Region behindert, führte Fallon weiter aus. Das Magazin „Esquire“ hatte wenige Tage zuvor berichtet, Fallon sei mit der harten Haltung der Regierung gegenüber Iran nicht einverstanden.

Verteidigungsminister Gates betonte, Fallon habe die Entscheidung für seinen Rücktritt allein getroffen. Es sei eine „Fehlwahrnehmung“, den Grund für das Ausscheiden des Generals in möglichen Differenzen mit Präsident Bush in der Iran-Politik zu sehen. Zugleich wies Gates vor Journalisten die Annahme zurück, dass mit Fallons Ausscheiden ein militärischer Angriff auf Iran vorbereitet werde. „Das ist einfach lächerlich“, sagte der Minister. Fallon sei schwer zu ersetzen, da er „äußerst talentiert“ sei und eine seltene strategische Begabung besitze.

Präsident Bush dankte Fallon für „40 Jahre außerordentlichen Dienstes an unserer Nation“, ohne auf die Gründe für dessen Rücktritt einzugehen. In einer schriftlichen Erklärung aus dem Weißen Haus hieß es, der Admiral verdiene „beträchtlichen Dank“ für seinen Beitrag zu den US-Einsätzen „vor allem im Irak und in Afghanistan“.

Fallon war erst im vergangenen Jahr an die Centcom-Spitze getreten. Das in Tampa im Bundesstaat Florida ansässige Regionalkommando war für die US-Truppen im Nahen Osten, in Zentralasien und in Ostafrika zuständig. Unter sein Kommando fielen unter anderem die Einsätze im Irak, in Afghanistan und im Persischen Golf. Fallons Stellvertreter Dempsey soll das Amt Ende März übernehmen.